

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
in letztem Case mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal RM. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
Inseratenpreis pro sechsstelliger Pettzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

= Grösste Abonnentenzahl =
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Eisele in Oestrich.
Sonntagspreis No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No. 64

Dienstag, den 3. Juni 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Gültigkeit der sogenannten „Gefangenenscheine“, Kriegsgefangenengeld wird mit dem 1. Juli 1919 erlöschen.

Diese Scheine werden durch die Filiale der Reichsbank in Wiesbaden gesammelt und von dieser der Reichsbankstelle in Mainz überwiesen werden.

Infolge dieser Bestimmungen sind die Inhaber dieser Scheine gehalten, deren Ablieferung vor dem angegebenen Datum bei der Filiale der Reichsbank in Wiesbaden zu bewirken. Diese stellt dagegen eine vorläufige Quittung aus, die später, d. h. nach Eingang des Gegenwertes von Frankfurt diese provisorische Quittung gegen deutsches Geld umtauschen wird.

gez.: Lacroix.

F. B. 230. Veröffentlicht auf Anordnung des Herrn Kreisverwalters. Die Herren Bürgermeister ersuche ich um vorläufige Bekanntgabe.
Abdrucke werden übersandt.

Rüdesheim a. Rh., den 3. Mai 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

F. B. 235. Gemäß Befehl der Schiffsverkehrs-Kontrollkommission in Mainz vom 28. 5. 19 wird der Schiffs-Verkehr auf dem Rheine für den Monat Juni von vormittags 10 Uhr bis abends 22 Uhr freigegeben.

gez. Dupré.

Veröffentlicht im Auftrag des Herrn milit. Kreisverwalters.

Den Herren Bürgermeistern der Rheinorte gehen Abdrucke zum Anschlag zu.

Rüdesheim a. Rh., den 30. Mai 1919.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die Jahreszeit und der den Landwirten zu gewährenden Erleichterungen hat der kommandierende General der Armee hinsichtlich des Verkehrs entschieden, daß in Abänderung der Verordnung vom 1. Dezember 18 der Artikel 10 betr. den Verkehr in der Zone der 10. Armee wie folgt umgeändert wird:

Der Verkehr zu Fuß ist frei von 4 Uhr morgens bis 24 Uhr abends. Der Verkehr in der Nachtzeit von 24 Uhr nachts bis 4 Uhr früh ist verboten.
Vorstehende Anordnung tritt mit dem 1. Juni in Kraft.

F. B. 237. Veröffentlicht auf Anordnung des Herrn Kreisverwalters.

Abdrucke werden nicht übersandt.

Rüdesheim a. Rh., den 31. Mai 1919.

Der Landrat.

Die Anträge auf Ueberlassung von Land mehrten sich mit dem Tag. Das Verlangen richtet sich hauptsächlich auf die Erlangung kleinerer Landflächen zur Gewinnung von Lebensmitteln, insbesondere von Kartoffeln und Gemüse. Daneben spielt der Wunsch nach einer auskömmlichen Versorgung der Rindviehhaltungen der kleineren Wirtschaften mit Futter eine Rolle, die sich in dem Verlangen nach Erweiterung von — bzw. der Vergrößerung der vorhandenen — Futterflächen äußert. Die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit, die zahlreiche Familien in ihren Lebensbedingungen auf das ernsteste bedrohen, lassen dieses Verlangen nur allzu berechtigt erscheinen, und es sollte geboten sein, ihm nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wenn man auch eifrig bemüht ist, die Siedlung und Beschaffung von Pachtland in Preußen nach den Richtlinien der Reichsbesetzungsverordnung so schnell als irgend möglich in die Wege zu leiten, so ist es doch ausgeschlossen, die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen in so kurzer Frist zu treffen, daß dem augenblicklichen Bedürfnis auf diese Weise abgeholfen werden könnte.

Es ist erforderlich, daß die Grundbesitzer der so überaus wichtigen Nachfrage nach Pachtland freiwillig ein möglichst wertvolles Entgegenkommen zeigen. Als besonders wünschenswert wäre es zu bezeichnen, wenn eine solche Abgabe von Pachtland in dem erforderlichen Umfange so schnell erfolgen könnte, daß die Pächter in die Lage versetzt werden, das benötigte Land noch in diesem Jahre zu bestellen. Es wird daher die dringende Bitte an alle Landbesitzer gerichtet, solche Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Bei dem Mangel an Arbeitskräften, der vielerorts noch besteht, sind, wie bekannt ist, Besitzer und Pächter schon von selber dazu übergegangen, einen Teil der von ihnen bewirtschafteten Flächen an Kleinanbauern pachtweise abzugeben. Dieses Verfahren verdient, auch im privatwirtschaftlichen Interesse, volle Berechtigung, da es viel richtiger erscheint, eine kleinere Landfläche gut, als eine größere schlecht zu bewirtschaften.

Rüdesheim, den 22. Mai 1919.
Der Kreisamtschef des Rheingaukreises.

Die Rheinische Republik ausgerufen!

Am Sonntag Morgen wurden durch Plakatanhänger an öffentlichen Plätzen große Plakate angebracht, die verkündeten, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik zur Tatsache geworden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist folgender:

An das rheinische Volk!

Der Augenblick ist gekommen, wo es gilt, dem Völkerverfrieden eine Brücke zu bauen. In dieser Stunde der höchsten Not, die auch über sein eigenes Geschick die Entscheidung bringen soll, verlangt das rheinische Volk, selbst gehört zu werden! Vor diesem felsenfesten Entschluß, geboren aus dem von aller Welt anerkannten Recht der Selbstbestimmung muß jeder Zwang, woher er immer komme, zurückweichen.

Das Rheinische Volk will ehrlich und aufrichtig einen Frieden, der die Grundlage für die Versöhnung aller Völker bilden würde. Deshalb sagt es sich aus freien Stücken los von den Grundübeln, durch die so viele Kriege verursacht wurden: dem entarteten Feudalismus und Militarismus. Damit befreit es sich immer das Hindernis, das sich einem wahren Frieden entgegenstellt.

Der Entwurf des Friedensvertrags, einerseits bedingt durch die auch von der Reichsregierung anerkannte Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, die Frankreich und Belgien zugesagten großen Verwüstungen und Schäden wieder gutzumachen und hinreichende Garantien gegen die Wiederholung neuer Kriege zu schaffen, bedeutet andererseits eine furchtbare Belastung des Deutschen Volkes.

Zur allgemeinen und endgültigen Völkerversöhnung von ganzem Herzen beizutragen ist die vornehmste Pflicht des Rheinischen Volkes.

Wir erklären daher Folgendes:

Es wird eine selbstständige Rheinische Republik im Verbande des Deutschen als Friedensrepublik errichtet, die das Rheinland, Alt-Nassau, Rheinhessen und die Rheinpfalz umfaßt.

Die Errichtung geschieht auf folgender Grundlage:

1. Die Grenzen bleiben die alten, Wirkensfeld wird einbezogen.
2. Zu Grenzänderungen bedarf es der Zustimmung der betreffenden Volksteile, die im Wege der Volksabstimmung festgestellt werden.

Die vorläufige Regierung wird durch Delegierte der unterzeichneten Ausschüsse ausgebildet. Die Erlaubnis zur unverzüglichen Vornahme der Wahlen zu der Rheinischen Landesversammlung auf der Grundlage des Wahlrechts zur Deutschen Nationalversammlung und deren alsbaldigen Einberufung wird sofort nachgesucht werden.

Als Ort für den Sitz der Regierung und den Zusammentritt der Landesversammlung gilt Koblenz.

Die vorläufige Regierung hat ihren Sitz einstweilen in Wiesbaden.

Die Landes- und Kommunalbehörden üben bis auf weiteres ihre bisherige Amtstätigkeit aus.

An Stelle der Preussischen, Bayerischen und Hessischen Zentralregierungen tritt die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik.

Es lebe die Rheinische Republik!

Kachen, Mainz, Speyer, Wiesbaden, den 1. Juni 1919.
Der Rheinische Arbeitsausschuß.
Der vereinte Nassauisch-Rheinheffische Arbeitsausschuß.
Der Pfälzische Arbeitsausschuß.

Der Mainzer „Neueste Anzeiger“ bemerkt hierzu:

Die Rheinische Republik ist ausgerufen. Die Not der Stunde hat dazu gedrängt. Berlin hat unter der neuen Regierung genau so wenig Verständnis für rheinische Bedürfnisse gezeigt, wie unter der alten, ja, es hat das Rheinland in seiner schwersten Stunde völlig vergessen. Mußte doch in den letzten Tagen die Frankfurter Zeitung an der Spitze ihres Leitartikels zugeben, daß man sich im unbefestigten Gebiet nicht um das Rheinland bekümmern habe. Mehr als pathetische Deklamationen hat man dort nicht aufgebracht. Jede Willens-

ausrufung des rheinischen Volkes wurde brutal niederknüttelt. Sachsen und Württemberger hielten es für angebracht über das Schicksal des rheinischen Volkes mitzuentcheiden. Auch die offiziell gewählten Vertreter des rheinischen Volkes haben verlagert. Obwohl sie genau wissen mußten, was die Meinung und der Wunsch der überwältigenden Mehrheit des rheinischen Volkes, — zum Mindesten aller geborenen Rheinländer ohne Unterschied der Partei und Konfession — war, haben sie in parteipolitischen Verblendung oder aus taktischen Rücksichten gegen den ausgesprochenen Willen und ohne das rheinische Volk nochmals zu hören, eine ablehnende oder gleichgültige Stellung eingenommen. Wie haben wir unter der unnatürlichen Grenzfestsetzung des Wiener Kongresses gelitten? Wie hat auch Mainz darunter gelitten, daß es dem ihm fernstehenden Heßen, das in ihm nur immer ein Ausbeutungsobjekt war, verschachtet wurde, ohne daß man die Bevölkerung um ihren Willen befragte? Wie hat Mainz darunter gelitten, daß der mit uns verbundene Rheingau künstlich durch Preußen von ihm abgeschnitten wurde? Wie hat die Pfalz darunter gelitten, daß sie ihr natürliches Hinterland ohne Plan und Rache verloren hat. An keiner Stelle des rheinischen Landes mehr als bisher, wo nicht weniger als vier verschiedene Staatsgrenzen wenige Stunden weit von einander entfernt sind, hat man die Unerträglichkeit dieses Zustandes schwerer empfunden. Am schwersten seitdem die fremde Besatzung noch weitere Hemmnisse in Verkehr und Verwaltung brachte. Aber weder Berlin noch München, noch Darmstadt hat irgend etwas begriffen. Nun sind die Grenzpfähle zwischen den zusammengehörigen und aufeinander angewiesenen Gebiete gefallen. Ein Jahrtausend hindurch miteinander verbundene Gebiete, die die Kabinettspolitik einer entgültig vergangenen Zeit durch künstliche Schranken trennte, sind wieder vereinigt zu ihrem Heil. Wir brauchen unseren Lesern nicht zu sagen, welchen Vorteil der Wegfall der Grenzpfähle für Mainz besonders hat. Jeder Mainzer, der seine Vaterstadt liebt, und dem das Rolle-Rad keine leere Phrase ist, wird die Ausrufung der Republik als eine Erlösung empfinden.

Rheinische Republik.

* Paris, 31. Mai. (Havas.) Der „Matin“ veröffentlicht folgendes: Bedeutende Bewegungen gehen in dem von den alliierten Truppen besetzten Deutschland in der Pfalz und in Preußen vor sich. Sie zielen auf die Bildung einer oder mehrerer unabhängiger rheinischer Republiken hin. Die französischen Militärbehörden haben sie respektiert und ihnen Rechnung getragen, wie es ihre Pflicht ist.

Den Randgebungen für Errichtung einer Rheinischen Republik sind bereits gestern in den größeren Rheinstädten Gegenständen gefolgt, die gestern auch in unseren Nachbarstädten Wiesbaden und Mainz durch Arbeits-Einstellung der Arbeiter und Beamten einsetzten. Die elektrischen Bahnen in genannten Städten fanden gestern vormittag 10 Uhr still — Wie soeben gemeldet wird, wurden am Nachmittag 3 Uhr die Arbeiten in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Bekanntmachung.

Einige Zeitungen haben verlauten lassen, daß von seiten der deutschen Regierung Zwangsmaßnahmen gegen deutsche Staatsangehörige ergriffen würden, die in irgend einer Art ihre freie Meinung hinsichtlich der Gründung eines rheinischen Staates äußern würden.

Diese Maßnahmen stützen sich auf § 81 des Reichsstrafgesetzbuches.

Im Interesse der guten Ordnung, für welche die französische Militärbehörde verantwortlich ist, untersagt der die 10. Armee kommandierende General Mangin die Anwendung irgendwelcher Maßnahmen, die sich auf oben angeführten § 81 stützen.

F. B. 239. Veröffentlicht auf Befehl des Herrn franz. Kreisverwalters.

Rüdesheim a. Rh., den 2. Juni 1919.

Der Landrat: Wagner.

Telegramm an Präsident Ebert.

An den Herrn Reichspräsidenten Ebert
Berlin.

Herr Präsident! Im Auftrage der vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik beehre ich mich, Ihnen, Herr Präsident, die am 1. Juni 1919 erfolgte Proklamation der Rheinischen Republik im Verbands des Deutschen Reiches mitzuteilen. Die Not der Stunde, vor allem aber die Hoffnung, unserer deutschen Vaterlande den Weg zu einem Frieden der Versöhnung bahnen zu können, haben unseren Schritt verursacht, einen Schritt, den wir im letzten Augenblick zu tun gezwungen waren, weil die Reichsregierung trotz des so häufigen und so heiß ausgesprochenen Wunsches des rheinischen Volkes selbst nicht gehandelt hat. Als getreue Deutsche bekennen wir uns feierlich zum Verbands des Deutschen Reiches. Wir werden mit allen unseren Kräften die Lasten des Krieges mit tragen und am Aufbau eines neuen, glücklichen Deutschland mitwirken. Es wird unsere heiligste Pflicht sein, alles zu tun, um das friedliche Wiederaufblühen unseres schwer geprüften Vaterlandes herbeizuführen und es ihm zu ermöglichen, als ein geachtetes Mitglied des Völkerbundes an der großen Zukunftsaufgabe des Völkerfriedens und der Völkerverbündung Anteil zu nehmen. (gez.) Dr. Dorten.

Telegramm an Scheidemann.

An den Herrn Ministerpräsidenten
Scheidemann, Berlin.

Im Auftrage der vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik habe ich den Herrn Reichspräsidenten von der heute erfolgten Proklamation der Rheinischen Republik im Verbands des Deutschen Reiches und unseren Beweggründen in Kenntnis gesetzt. Damit unser heiliger Wunsch, den Weg zum Völkerfrieden und zur Völkerverbündung zu ebnen, sofort offenbar wird, habe ich dem Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der aufstrebenden Mächte durch die obersten Befehlsgewaltigen gleichzeitig die erfolgte Proklamation notifiziert und gleichzeitig die Erlaubnis zur sofortigen Übernahme der Wahlen zur Rheinischen Landesversammlung sowie die Zulassung von Vertretern der Regierung zur Friedenskonferenz beantragt. Ich richte hiermit an Sie, Herr Ministerpräsident, den gleichen Antrag und die Bitte, unser Zusammenwirken mit der deutschen Friedensdelegation genehmigen zu wollen. (gez.) Dr. Dorten.

Die deutsche Mantelnote.

Die in Versailles der Friedenskonferenz der Alliierten übergebene Mantelnote lautet:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage die Bemerkungen der deutschen Delegation aus dem Entwurf des Friedensvertrages zu überreichen. Wir waren nach Versailles in der Erwartung gekommen, einen auf der vereinbarten Grundlage aufgebauten Friedensvorschlag zu erhalten. Wir hatten den festen Willen, alles zu tun, was in unseren Kräften stand, um den schweren von uns übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Wir hofften auf den Frieden des Rechts, den man uns versprochen. Wir waren entsetzt, als wir in jenem Dokument lasen, welche Forderungen die siegreiche Gewalt des Gegners an uns stellt. Je tiefer wir in den Geist dieses Vertrages eindringen, desto mehr überzeugen wir uns von seiner Unüberführbarkeit. Die Zummungen dieses Vertrages gehen über die Kraft des deutschen Volkes.

Wir sollen zur Wiederherstellung des polnischen Reiches auf unbesetzten deutsche Gebiete verzichten, fast auf die ganze überwiegend deutsche Provinz Westpreußen, auf deutsche Teile Pommerns, auf das ferndeutsche Danzig, sollen die alte Handelsstadt in einen Reichsstaat polnischer Souveränität umwandeln lassen. Wir sollen darin einwilligen, das Ostpreußen vom Staatskörper amputiert, zum Absterben verurteilt und seines nördlichen Teiles mit dem rein deutschen Memel beraubt wird. Wir sollen zugunsten Polens und Litauens-Sowjetens auf Oberschlesien verzichten, obgleich es seit mehr als 750 Jahren in enger politischer Verbindung mit Deutschland steht, von deutschem Leben erfüllt ist und die Grundlage für die Industrie im ganzen östlichen Deutschland bildet. Überwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien abgetreten werden, ohne genügend Garantien für die Unabhängigkeit einer erst nachträglichen Abstimmung. Das rein deutsche Saargebiet soll von seinem Reich gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbehalten werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden. 15 Jahre lang soll rheinisches Gebiet besetzt sein und die Alliierten es nach 15 Jahren in der Hand haben, die Rückgabe des Landes zu verweigern. In der Zwischenzeit können sie alles tun, um die wirtschaftlichen und moralischen Verbindungen mit dem Mutterlande zu lösen und schließlich den Willen der einheimischen Bevölkerung zu fälschen.

Ein so zerstückeltes und geschwächtes Deutschland soll sich, obgleich auf Erstattung der Kriegskosten ausdrücklich verzichtet wurde, grundsätzlich bereit erklären, alle Kriegskosten der Gegner zu tragen, Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein Mehrfaches übersteigen würden. Einseitigen fordern die Gegner über die vereinbarte Grundlage hinaus Ersatz der Schäden der Zivilbevölkerung, wozu Deutschland auch für seine Bundesgenossen haften soll. Die zu zahlende Summe soll von den Gegnern einseitig festgesetzt werden und späterer Abänderung und Erhöhung unterliegen. Die Grenze soll die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes bilden, abgestuft nicht nach seiner Lebenshaltung, sondern lediglich nach seiner Fähigkeit, die Forderungen der Feinde durch Arbeit zu erfüllen. Das deutsche Volk wäre also zu dauernder Sklavenarbeit verurteilt.

Trotz solch ungeheurer Forderungen wird uns gleichzeitig der Wiederaufbau unserer Wirtschaft als Lebensunmöglich gemacht. Wir sollen unsere Handelswege ausliefern. Wir sollen auf alle Auslandsverträge verzichten, wir sollen das Eigentum an allen deutschen Auslandsunternehmungen selbst in den verbündeten Ländern auf die Gegner übertragen. Auch nach Friedensschluss sollen die feindlichen Staaten das Recht haben, alles deutsche Vermögen zur Einziehung zu bringen. Kein deutscher Kaufmann wird in ihren Ländern vor solchen Kriegsmassnahmen geschützt sein. Auf unsere Kolonien sollen wir vollständig verzichten, nicht einmal dort sollen deutsche Missionare das Recht haben,

ihren Beruf auszuüben. Wir sollen also auf jede politische und wirtschaftliche Betätigung verzichten.

Sogar im Innern sollen wir unser Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Die internationale Kommission für Wiedergutmachung erhält diktatorische Gewalt über unser gesamtes Volksleben in Wirtschaft und Kultur. Ihre Beschlüsse gehen weit über das hinaus, was der Kaiser, der Bundesrat und der Reichstag zusammen jeweils im Reichsgebiet besetzen haben. Diese Kommission verfügt unbeschränkt über die Wirtschaft des Staates, der Kommunen und der Einzelpersonen. Auch das gesamte Bildungs- und Gesundheitswesen ist von ihr abhängig. Sie kann das ganze deutsche Volk in geistiger Anarchie halten, sie kann, um die Kronzahlungen zu ermäßigen, die soziale Fürsorge für die deutschen Arbeiter unterbinden.

Auch auf anderen Gebieten wird Deutschlands Souveränität aufgehoben. Seine Hauptströme werden internationaler Verwaltung unterstellt. Es muß auf seinen Gebieten die von den Gegnern gewünschten Kanäle und Eisenbahnen bauen. Es muß den Verträgen unbekannt, Inhabes zustimmen, die von seinen Gegnern mit den neuen Staaten des Orients geschlossen werden sollen, selbst in seinen eigenen Grenzen. Das deutsche Volk ist aus dem Bund der Völker ausgeschlossen, dem alle gemeinschaftliche Arbeit der Welt anvertraut ist.

So soll ein ganzes Volk seine eigene Richtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat, und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist.

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es hebt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von Uebertragungsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verpflichtet sich auch, die Schlachtschiffe, die ihm seine Feinde noch lassen wollen, herzugeben, aber es setzt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird. Es setzt voraus, daß ein echter Völkerbund entsteht, der alle Nationen einschließt, die guten Willens sind, auch die Feinde von heute. Der Bund muß von einem Verantwortungsgesetz gegenüber der Menschheit getragen werden und über einen Zwangsgewalt verfügen, die stark und zuverlässig genug ist, um die Grenzen seiner Mitglieder zu schützen.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilson-Programms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort eine freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besetzten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen, an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freiheiten in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Reichsstaatsbürgerschaft und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere alle Garantien zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend deutschen Gebiete Schlesiens werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Österreich und Böhmen geltend wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden Mark Gold in unverzinslichen Jahresraten. Diese Raten sollen grundsätzlich einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen. Die Rate wird dem früheren Friedensbudget nahekommen. In den ersten 10 Jahren soll die Rate je 1 Milliarde Mark Gold nicht übersteigen. Der deutsche Steuerzahler soll nicht weniger belastet sein als der des hochverschuldeten, in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staates. Deutschland setzt hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und es wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und nach außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamten wirtschaftlichen Kräfte dem Dienste der Wiederaufstellung zu widmen. Es wünscht, bei der Wiederherstellung des zerstörten Gebietes in Belgien und Nordfrankreich wertig mitzuarbeiten. Für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben in Nordfrankreich sollen während der ersten 5 Jahre bis zu 20 Millionen Tonnen Kohlen jährlich, während der nächsten 5 Jahre bis zu 8 Millionen Tonnen Kohlen jährlich geliefert werden. Das Deutsche Reich wird weitere Kohlenlieferungen für Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg ermöglichen. Ferner ist Deutschland zu bedeutenden Lieferungen in Benzel, Steinbohlenteer, schwefelhaltigem Ammoniak, sowie Farbstoffen und Arzneimitteln bereit.

5. Bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelsverkehr in einen Weltpol einzubringen, einen Teil der Frachten den Gegnern zur Verrechnung auf den Schadenersatz zur Verfügung zu stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihre Forderungen übersteigenden Höhe zu bauen.

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich vernichteten Luftschiffe bietet Deutschland Luftfahrzeuge aus eigenen Beständen an.

7. Deutschland glaubt, zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungspflicht in der Ueberlassung von industriellen Betrieben, insbesondere an Kohlengruben, zur Sicherung der Kohlenbezüge einen geeigneten Weg zu sehen.

8. Deutschland wünscht in Uebereinstimmung mit dem Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, daß die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt seien. Es will ihnen im Friedensvertrage das Recht sichern, über die Sozialpolitik und Sozialversicherung selbst entscheidend mitzubestimmen.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung für die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges. Eine unparteiische Kommission solle das Recht haben, die Archive aller kriegführenden Länder einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen. Nur die Zuversicht, daß die

Schuldfrage unbefangenen geprüft wird, kann den verfeindeten Völkern die Genugung geben, die notwendig ist, um den Völkerbund zu bauen.

Das sind nur die wichtigsten Vorschläge, die wir zu machen haben. Wegen weiterer größerer Opfer, sowie wegen der Einzelheiten verweise ich die Delegation auf die beiliegende Denkschrift und ihre Anlagen.

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift gewählte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbarere und klarere Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, die so ungeheuren Opfer gebracht haben, ist, daß die Bestimmung ihrer Geschick in offenem richterlichem Gedankenaustrag erfolge, nach dem Grundsatz: „Offene Friedensverträge, die offen zuhause gekommen sind; und demnach sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgend welcher Art mehr getroffen werden, sondern die Transparenz immer offen und vor aller Welt arbeiten.“

Deutschland soll nun den vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu heilig, als daß es dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, die deren Erfüllung es nicht einsehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmächte das Recht der Stärkeren verkündet, aber jeder von diesen Friedensschlüssen gehört zu den Ueberbieten oder Verlängerungen der Weltkriege. So in diesem Kriege der Sieger zu den Besiegten gesprochen hat, in Breslau und Versailles, waren seine Nachwort mit einer Ausartung sinnigen Unfriedens. Die hohen Ziele, die zuerst unser Gegner für ihre Kriegsführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gesicherten Rechtsfriedens, erforderten einen Vertrag von anderer Gestaltung.

Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister kann einen Dauerfrieden schaffen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie stark der Haß und die Verbitterung sind, die für eine Einigung der Menschheit im Werke sind, heute stärker als je zuvor. Es ist die geschickliche Aufgabe der Friedenskonferenz von Versailles, diese Einigung herbeizuführen.

Genehmigen Sie es.

Unterzeichnung bis zum 12. Juni?

* Basel, 31. Mai. Die „Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Alliierten haben sich geeinigt, daß am 12. Juni die Frist zur Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland ablaufen soll. Am 13. Juni soll die von der alliierten Konferenz die weiteren Maßnahmen in die Hände des Hohen Kommissars zurückgelegt werden.

Allerlei Nachrichten.

Die polnischen Truppen.

Von den polnischen Truppen sind bisher die 1., 2., 3., 4. und 6. Division nach Deutschland beordert worden. Die 5. ist augenblicklich auf der Durchfahrt. Es wird dann noch eine Division durch Deutschland zu transportieren sein. Die Polen haben an der ukrainisch-galizischen Front freigeordnete Truppen an die polnische Front gestellt. Dann erhielten die Polen aus Italien über Wien schwere Geschütze. Auch aus Frankreich sind durch Deutschland 70 schwere Geschütze beordert worden.

Meuterei in Posen?

Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ meldet, daß dort Gerüchte umlaufen, in der Stadt Posen sei die polnische Revolution ausgebrochen. Polnische Truppen sollen meutern. Bei der vollständigen Verkehrssperre ist es natürlich nicht möglich, die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht festzustellen.

Die Polen.

Der Kolonisationsausschuß zur Germanisierung der Provinz Posen und zum Aufkauf polnischer Grundbesitzes durch die Deutschen ist jetzt mit seinem ganzen Vermögen in die Hände der Polen übergegangen. Seine Tätigkeit wird sich nun für die Polonisierung des Landes richten. Der Nationalrat der Provinz Posen hat dafür einen neuen Ausschusspräsidenten ernannt.

Polnische Erfolge.

Nach einer beim Wiener Korrespondenz-Bureau eingegangenen Meldung der polnischen Telegraphenagentur hat die vierte polnische Division unter General Alexandrowski am 27. Mai Kalusz und Halicz eingenommen und ist am selben Tage in Stanislaw eintreffend. Die ukrainischen Abteilungen wurden entwaffnet.

Die deutschen Truppen bei Riga.

Im englischen Unterhaus fragte Conventry, ob deutsche Truppen unter dem General v. d. Goltz und Baron Manteuffel wieder in Riga eingelegt und welche Schritte unternommen worden seien, um sie zu zwingen, sich wieder auf deutsches Gebiet zurückzuziehen. Harmsworth erwiderte: Gemäß der vom 24. Mai datierten Meldung des britischen Vertreters in Liban, wurde Riga von baltischen Truppen, die auf ihrer Flanke von einer deutschen Kavalleriedivision unterstützt waren, besetzt. Was den zweiten Teil der Anfrage betrifft, so wird diese Angelegenheit, wie ich höre, von Vertretern der alliierten Mächte in Paris in der Absicht erwogen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Abgeordneten Kaster und Rudolph haben mittels Schreibens an den Vorsitzenden der sozialistischen Partei ihr Mandat zur verfassunggebenden Landesversammlung niedergelegt. Das Schreiben lautet: „Die Unterzeichneten erklären, daß sie ihr Mandat zur verfassunggebenden Landesversammlung nicht niederlegen. Sie sind es aus der Erwägung heraus, daß über allen persönlichen Fragen die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei stehen muß. Was den Anlaß zu unserer

Mandatsniederlegung (Vorgänge in Mainz) angeht, so erklären wir erneut daß uns dabei nichts anderes gelassen hat als das Wohl unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes. — An die Stelle der ausgeschiedenen Abgeordneten treten Antonsberger E. Paulen (Ebenich) und Kaufmann Direktor Dr. Anstalt Pauer (Köln).

Das Reichskabinett hat sich in seiner am 27. Mai abgehaltenen Sitzung mit den Vorkommnissen in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei ist der Gesandte eines Staatskommissars erörtert worden, da diese Funktion in Schleswig und Ostpreußen schon ganz ausgeübt bewährt hat.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Im silbernen Jubelkranz.

••• Oestrich, 3. Juni. Am morgigen Tage feiern Herr Metzgermeister W. H. 60. und seine Ehefrau Auguste geb. Müller das Fest der silbernen Hochzeit. Mit den Gratulanten aus nah und fern bringen wir dem Jubelpaare unsere besten Wünsche entgegen. Möge ihm ein sonniger Lebensabend blühen und ihm beschieden sein, das goldene Fest in Gesundheit und Frische zu erleben.

••• Oestrich, 3. Juni. Morgen feiert das kath. Petri'sche Ehepaar das Fest der silbernen Hochzeit. Möge es dem Jubelpaare vergönnt sein, nach abermal 25-jähriger glücklicher Ehe auch das Fest der goldenen Hochzeit feiern zu können.

25-jähriges Dienstjubiläum.

••• Winkel, 3. Juni. Sein 25-jähriges Dienstjubiläum feierte am Samstag, den 31. Mai, der bei der Maschinenfabrik Wal. Waas in Weisenheim beschäftigte Schreiner Herr Martin Wiegand; gewiß ein ehrenvolles Zeugnis für Fleiß und Arbeit, wenn in dieser langen Zeit auch die Zufriedenheit vorhanden war, welche ein so langes Zusammengehen ermöglicht hat.

40-jährige Amtstätigkeit.

••• Weisenheim, 2. Juni. Am gestrigen Sonntag waren 40 Jahre verflossen, daß der verdiente Stadtschreiber Herr Bender in städtischen Diensten tätig ist. Am 1. Juni 1879 trat er unter dem damaligen Bürgermeister H. als „Stellvertreter“ beim Bürgermeisteramt ein. Am 15. September 1888 wählte ihn der Gemeinderat zum Stadtschreiber, wozu der Bürgerausschuß am 30. November 1889 seine Genehmigung erteilte. Am 30. Mai 1895 wurde er von der Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsteher des Herrn von Lade auf Lebenszeit angestellt und im Jahre 1903 durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zum Stadtschreiber ernannt. Die umfangreichen Kenntnisse des Jubilars, im Verein mit einer unermüdbaren Schaffenskraft, haben ihn zu einem fast unersetzlichen Beamten auf unserem Rathause gemacht. Seine Verdienste um die Stadt sind wohl größer als der Ruhmeherr annimmt. Seine Kenntnis der Personen und der Sachen sind unschätzbar, nicht schwer halten, in dieser Beziehung für ihn einen geeigneten Ersatz zu finden, wenn dies einmal nötig werden sollte. Möge es ihm vergönnt sein, gesund, im Kreise seiner Familie noch lange Jahre zu leben. Möge er noch recht lange zum Wohle unserer Stadt und der Bürgerschaft auf dem Rathause weiter arbeiten. Das wolle Gott!

Der Kaufmännische Verein von 1858 Hamburg.

Am vorigen Sonntag, den 25. 5. 19 in der „Linde“ in Weisenheim einen Bezirksverein „Mittelrhein“. Der Vorsitz liegt in den Händen des Herrn Joseph Schneider in Weisenheim, Landstraße 41. Auskünfte und Beitrittsbedingungen sind daselbst erhältlich. Als Referent sprach Herr E. Zimmermann-Wiesbaden über die Geschichte der Handlungsgehilfen- und Angestellten-Bewegung, wie über die Ziele des über Vereins, der partei- und konfessionell völlig neutral und darnach die beste Interessenvertretung für alle Angestellten in Handel und Industrie. Die Aufnahme steht allen Angestellten ohne Unterschied der Religion auch Vorkriegsangehörigen offen.

Beratungsstelle für Geschlechtskranke.

••• Aus dem Rheingau, 2. Juni. Wegen der vielen Geschlechtskrankheiten in Stadt und Land erscheint es wichtig, auf die wohlthätige Einrichtung der während der Kriegszeit vielerorts ins Leben gerufenen Beratungsstellen für Geschlechtskranke hinzuweisen. Auch die Regierungsbezirk Wiesbaden sind solche Beratungsstellen errichtet, in denen Geschlechtskranke beiderlei Geschlechts unentgeltlich fachärztlich untersucht und beraten werden. Rathungen an die Arbeitgeber oder Familienangehörigen dürfen nicht; vielmehr werden die einzelnen Fälle streng geheim behandelt. Viele Menschen wissen gar nicht, wie gefährlich die Geschlechtskrankheiten, namentlich Tripper und Syphilis, sind. Sie können selbst dann, wenn sie zunächst noch leicht auftreten, noch in späteren Jahren Leiden aller Art, Siedtum und vorzeitigem Tod im Gefolge haben. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, daß sich Geschlechtskranke so lange fachärztlich beraten und behandeln lassen, bis ihnen der Arzt für völlig geheilt erklärt. Diese Maßnahme ist aber auch noch darum erforderlich, weil Syphilis und Tripper sehr ansteckende Krankheiten sind. Wer sich daher nicht behandeln läßt, obwohl er weiß oder vermuten muß, geschlechtskrank zu sein, handelt sich selbst gegen seine nächsten Angehörigen, weil er die Ansteckungsgefahr aussetzt und somit Schuldlos in die Unglück mithineinzieht. Im Regierungsbezirk Wiesbaden bestehen für männliche und weibliche Kranke zwei Beratungsstellen: 1. In Frankfurt a. M., Bethmannstraße 19, Beratungsstelle für öffentliche Gesundheitsfürsorge. Sprechstunden an jedem Werktag von 9^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr. 2. In Wiesbaden, im städtischen Krankenhaus an der Schwalbacherstraße, Pavillon XII f, Sprechstunden täglich von 10 bis 11 Uhr.

Konsumverein.

••• Biebrich, 28. Mai. Der Konsumverein Biebrich und Umgegend, welcher außer vier Verteilungsstellen hier je eine in Schierstein, Biebrich, Winkel und Weisenheim unterhält, erzielte im ersten Geschäftshalbjahr 1918/19 einen Umsatz von 507340 Mk., darunter einen Erlös in Brot von 97121 Mk., gegen 345461 Mk. bzw. 71944 Mk. in derselben Zeit des Vorjahres. Einem Umsatz von 63067 Mk. stehen Geschäftskosten in

Höhe von 55548 Mk. gegenüber. Von diesen Kosten entfallen 33287 Mk. auf Löhne. Der Verein hatte bei Schluß des Berichtshalbjahres 3570 Mitglieder.

Eine Probe aufs Exempel.

••• Stromberg (Hunsrück), 31. Mai. In einer Versammlung sagten die Arbeiter der Stromberger Hütte und der Rheinböller Hütte den Beschluß, bei der Verteilung von Dr. Kirch-Purcell um Lohnverhöhung nachzugehen. Die Werke gaben zur Antwort, daß sie nicht in der Lage seien, diese Lohnforderungen zu bewilligen, stellten aber den Arbeitern anheim, selbst die Hüttenwerke zu übernehmen, wobei sie dann feststellen könnten, was dabei herauskomme. Zu dieser Frage wollen die Arbeiter nun Stellung nehmen.

Ein Geldregen.

••• Ein wirklicher Regen von Papiergeld ging etwa eine halbe Stunde lang über der Stadt Dillenburg nieder. Das Rotgeld des Dillkreises, am 11. November 1918 außer Geltung gesetzt, sollte in der Heizung der Tabakfabrik verbrannt werden. Durch den starken Luftzug wurde aber der größte Teil der Scheine unverbrannt emporgewirbelt und durch den Fabrikschornstein ins Freie geführt. Hier fiel das Geld flatternd auf Straßen und Plätzen nieder.

An den Pranger.

••• Mit Einverständnis der britischen Behörden veröffentlicht die Polizeiverwaltung in Orléans die Namen von 16 Frauen und Mädchen, die unter Sittenkontrolle gestellt werden mußten. Die „Orléaner Bzg.“ bemerkt dazu: „In den Tagen, da jede deutsche Frau sich einhändigen soll und muß, angesichts der bitteren Tatsache der Ereignisse, daß sie eine deutsche Frau ist, da sind in unserer Stadt Auswüchse der Frauenwelt, die ihre Ehre preisgeben.“

Kleine Chronik.

Die Spartakisten. Nach einer Meldung aus Düsseldorf war es gelungen, einen der Hauptanführer der Spartakisten, der auch für die Ausbreitungen am Mittelrhein verantwortlich ist, den Arbeiter Stell, festzunehmen. Eine größere Anzahl mit Revolvern bewaffneter Spartakisten suchte auf zwei Polizeiwachen nach dem Verhafteten und bedrohten die anwesenden Polizeibeamten. Wohl erreichten sie ihr Ziel nicht, da sie den Gefangenen nicht antrafen. Als der festgenommene dann nach dem Gefängnis gebracht werden sollte, in der Transport, obwohl er von vier Polizeibeamten bewacht war, am Rainer Tor von 18 bewaffneten Spartakisten angefallen und der Gefangene befreit werden.

Denkmalszerstörung. In Notibor ist, der „K. Oberl. Volksz.“ zufolge, das Eichendorff-Denkmal, ein mächtiger Findlingsblock, von ruchlosen Händen zerstört worden, indem es mit zwei Dynamitpatronen in die Luft gesprengt wurde. Die Art der Sprengung beweist, daß der Attentäter mit Dynamitpatronen umzugehen verstand.

Es wird weiter gestreift. Obwohl in der Lohnfrage eine Einigung mit den Arbeitgebern getroffen wurde, streift die gesamte Arbeiterschaft der Walmon-Hütte bei Weiden. Die Arbeiter des Oberschleifens Elektrizitätswerkes drohen ebenfalls mit einem neuen Streik.

Eine Nationalspende. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge ist am 23. Mai in Amerika eine Sammlung für eine nationale Spende eröffnet worden. Zweck der Sammlung ist, 9 Millionen - Dollar zusammenzubekommen, um mit diesem Gelde ein nationales Siegesdenkmal in Gestalt eines riesigen 7000 Personen fassenden Gebäudes zur Abhaltung von nationalen und internationalen Versammlungen in Washington zu errichten.



Geschäfts-Gröfßnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Oestrich und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich am 15. d. Mts. in dem Hause Schmalgasse 5 eine

Bau- u. Maschinen-Schlosserei

eröffne. Übernehme auch Auto- und Fahrrad-Reparaturen. Um geneigten Zuspruch bittet

Franz Basseberger, Oestrich.



Weinzeitung.

••• Eltville a. Rh., 31. Mai. Hier brachte die Preussische Domäne 50 Nummern 1918er Weine zur Versteigerung. Dabei wurden durchweg hohe Preise erzielt und das Stück erreichte bis zu 20 000, 20 440, 22 020, 22 240, 23 000, 25 380 und 43 320 Mk. Die Weine entstammten den Lagen Eltville Taubenberg, Raunthaler Eisweg, Raunthaler Wälden, Pfaffenstuck, Wagenlehr, Ob. Bieschell, Langenstuck und Baisfen. Im übrigen wurden für 45 Halbstück Raunthaler 5700—21 660 Mk., Eltville 5 Halbstück 6820—11 760 Mk., durchschnittlich das Halbstück 8900 Mk. erzielt. Gesamtserlös 260 040 Mk. ohne Fässer.

+ Johannisberg a. Rh., 31. Mai. Die Naturweinsteigerung der B. Hermann von Rummschen Gutverwaltung brachte ein Angebot von 1918er, 1917er, 1915er und 1911er Weinen aus Lagen der Gemarkung Johannisberg für das Stück 1818er wurden bis zu 21 480 Mk., 1917er bis zu 42 820 Mk., 1915er bis zu 100 220 Mk., 1911er bis zu 160 400 Mk. erzielt. Im einzelnen kostete das Halbstück 1918er 9010—10740 Mk., 7 Halbstück 1917er 13 800—21 410 Mk., durchschnittlich das Halbstück 16 835 Mk., 6 Halbstück 1915er 20 450—50 110 Mk., durchschnittlich das Halbstück 27 935 Mk., 1 Viertelstück 1911er Kahlenberg-Beerenauslese 40 100 Mk. Der gesamte Erlös stellte sich auf 345 350 Mk.

— Aus Rheinhessen, 30. Mai. In letzter Zeit brachten in Weiskirchen 8 Stück 1917er je 10 000 Mk., in Mettenheim 7 Stück 1918er je 7000 Mk., in Oppenheim 8 Stück je 7500 Mk., in Siefersheim das Stück 7300—7500 Mk., in Weinsheim 10 Stück je 7000 Mk., Dornbühlheim das Stück 7000—7200 Mk., in Bingen wurden 2 große Kreszenzen von etwa 150 Halbstück 1918er zu 5000—6000 Mk. das Halbstück abgesetzt.

— Aus Luxemburg, 30. Mai. In Luxemburg wurde für das Jahr 1917er bis 9000 Fr. bezahlt, während sich das Jahr 1918er auf durchschnittlich 4800 Fr. stellte.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Elektr. Installationsmaterial

Bergmannsrohr 11 mm., Draht 1,5, sowie alle Kleinmaterialien billigst bei
Flack, Wiesbaden, Luisenstr. 44, neb. Res.-Theater
Telephon 747 frei.

+ Gallensteinleiden +

operationsofse Beseitigung.
Von Ärzten rühmend anerkannte giffreie Methode.
Beseitigung der Stein zu Hause. Persönliches Erscheinen der Patienten nicht erforderlich. Broschüre und Auskunft völlig kostenlos. Allererste Referenzen und Dankschreiben.

R. Lorenz, Naturheilverfahren
Wiesbaden, Radesheimerstraße 34.

Suche sofort
Mädchen, Köchinnen, Hausmädchen

und dergleichen.
Frau Daniel, Stellen-Büro,
Weisenheim a. Rh.

Stichweine
zur
Essigfabrikation
kauft jede Menge.
Offerten mit Probe erbeten.
Einger-Weineffig-Fabrik
H. Rache, Bingen a. Rh.

Ein gut erhaltenes
Rad mit Freilauf
billig zu verkaufen.
Oestrich, Schmalgasse 10¹.

Für einen Jungen von 17 Jahren, der das Schuhmacherhandwerk erlernen möchte, wird eine

Lehrstelle
gesucht.
Näheres Expedition d. Bl.

Bohnenstangen
empfiehlt
H. Jos. Friedrich,
Oestrich i. Rhg.
— Telephon 70. —

Ein Paar noch gut erhaltene
Stiefel
(Langschäften) Nr. 28^{1/2} zu verkaufen.
Oestrich, Goldstraße 1.

Nachruf.

Am 31. Mai ds. Js. verschied plötzlich unser Direktor

Herr Anton Liebler

Beigeordneter der Stadt Eltville.

Seit 1877 dem Vorstand angehörend, während 24 Jahre unser Direktor, hat er seine ganze Arbeitskraft unserer Bank gewidmet und ihr in nie versagendem Eifer unersetzliche Dienste geleistet.

Seine unermüdete Pflichttreue, seine selbstlose, hingebende Arbeit, die Aufrichtigkeit seines Charakters sicherten ihm das unbedingte Vertrauen und die grösste Wertschätzung in und ausserhalb unserer Genossenschaft.

Sein Name wird bei uns und unseren Mitgliedern in hohen Ehren gehalten.

Vorstand u. Aufsichtsrat des Vorschuss-Verein Eltville

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Heugrasversteigerung
im Schlangenbadergrunde,
Gemarkung Rauenthal.
Samstag, den 7. Juni d. Js.,
vormittags 10 Uhr,
wird der erste Schnitt von rund 14 1/2 Morgen
Wiesen in Abteilungen versteigert.
Zusammenkunft der Kaufliebhaber bei der
Klingermühle.
Wiesbaden, den 25. Mai 1919.

Domänen-Rentamt.

Wir machen unsere Stromabnehmer darauf aufmerk-
sam, daß sie verpflichtet sind, jeden Wohnungs-
wechsel und sofort schriftlich anzuzeigen. Unter-
bleibt diese Anzeige, so wird ein etwaiger Strom-
verbrauch in der alten Wohnung dem bisherigen Inhaber
weiter berechnet.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.
bei Eltville am R. n

1894 **25** 1919

Zur silbernen Hochzeit
des Herrn Metzgermeisters

Philipp Wibo u. Auguste Wibo
geb. Müller

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Fünfundzwanzig lange Jahre
Trug vereint Ihr alle Last.
Oft auch war die morgenklare
Freude Euer Segensgast.

Heute schmückt mit hellem Prangen
Euch der weisse Silberkranz;
Tragt ihn heiter, ohne Bangen
Durch der Jahre Reigentanz.

Seht, der Euch mit Vaterhänden
Schützte diese lange Zeit,
Wird dem goldenen Kranz Euch spenden
Hält ihn schon für Euch bereit.

**Gewidmet von seinen Kollegen und
Freunden.**

**Elsässische
Bankgesellschaft**

Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Fernruf Nr. 52 und 91. —

Verzinsung von Spargeldern zu
günstigsten Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach ein-
schlagenden Geschäfte.

Verschwiegenste und zuverlässigste Erle-
digung aller Angelegenheiten.

Die Möbelfabrik

von

Simon Sauer Ww., Alzey, (Rheinhes.)

Gegr. 1829 — Telephon 364.

empfiehlt

Schlafzimmer mit zwei- und dreitägigen Schränken
in eiche, nussbaum, birke und mahagoni
sowie

**Speisezimmer, Herrenzimmer,
Kücheneinrichtungen,**

alles erstklassige Fabrikate

und

**alle Einzelmöbel in großer Auswahl
zu zeitgemäß niedrigen Preisen.**

Neu-Eingänge

in Hochsommer-Kleidung

Prachtvolle weiße und farbige Waschkleider. Ent-
zündende Seiden- und Wasch-Blusen. Elegante Nach-
mittags-Kleider in Seide und feinen Wollstoffen.
Seidene Regenmäntel und schwarzseidene Mäntel
in schicken neuen Formen. Vornehme Seidenkostüme.

Viele neue Original-Modelle

Moderne Maßabteilung

Große Stoff-Lager

Geschw. Alsberg Mainz

Ludwigstr. 3-5.

Inhaber:
Beckhardt und Levy

Wir bitten um Beachtung unserer Schaufenster.

Gemeinnütz. Bauverein für den Rheingaukreis

c. G. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.			Passiva.		
Unbebaute Grundfläche	M	11 200.—	Geschäftsguth. d. Mitglieder	M	48 256 84
Erwerbshäuser	"	243 000.—	Ges. Reserve v. M 3502.—		
Inventory	"	5 60	Hilfsreserve	"	6000.—
Wertpapier (Nennw. M 15 000)	"	13 200.—	Kriegsrücklage	"	2500.—
Bant- u. Postcheck-Guthaben	"	20 698 95	Hypothekenschulden	"	158 855 28
Mietforderungen	"	2 672 49	Abzahlungen der Hausantwörter	"	68 455 40
Rinsenforderungen	"	21.—	Kandbare Anleihe	"	—
Sonstige Forderungen	"	4 680 92	Sonstige Schulden und Rück-		
Kassenbestand	"	119 75	stellungen	"	4 869 91
Bürgschaften	"	31 470 23	Bürgschafts-Anleihen	"	31 470 23
			Rein-Gewinn	"	2 109 28
		M 327 018 94			M 327 018 94

Mitgliederzahl am Schlusse		
des Jahres 1917	84	
Zu Laufe des Jahres 1918 traten ein	3	
	87	
und schieden aus	1	
Bestand am Schlusse des Jahres 1918	86	

Gesamtbeitrag des Geschäfts-		
guthabens am Schlusse		
des Jahres 1917	M 47 856 84	
Reiner Abgang im Jahre 1918	600.—	
bleiben	M 47 256 84	
Zugang	1 000.—	
Bestand am Schlusse des		
Jahres 1918	48 256 84	
Gastsumme der Genossen am		
Schlusse des Jahres 1917	47 800.—	
Reiner Zugang im Jahre 1918	800.—	
Mithin Ende 1918	48 400.—	

Rüdesheim a. Rh., den 29. Mai 1919.

Der Vorstand

Krayer. Richter. Reusch. Cloeter.

Möbel

Kompl. Schlafzimmer
Küchen
Wohnzimmer-Möbel.
Einzelne Möbel
Vertikals, Kleiderschränke,
Küchenschränke, Tische,
Stühle usw.
zu den billigst. Preisen.

Kaufhaus

Max Eis,

Spezial-Abt. für Möbel.
Eltville. Telephon 96.

Achtung!!

Cigarren

Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer!
Fabriklager
Arthur Voigt, Mainz,
Flachmarktstraße 28.
Versand nach auswärts
gegen Nachnahme. Richt
unter 100 Stck von einer
Sorte.

Einige 1000 kräftige

Früh- und

Spätgemüsepflanzen

preiswert abzugeben.

Adam Dinger, Gärtner,

in Erbach i. Rheingau,
Eberbachstr. 68.

Neueste Fahrpläne

Einzel-Exemplare auf Karton,
das Stck zu 30 Pfg. sind im
Verlag des „Bürgerfreund“
zu haben.

Künstliche

Beine

Arme

Orthopädische

Apparate

und

Korsetts

aller Systeme,
gegen Rückgrat-

verkrümmung.

Garantie für
guten Sitz.

Illustrierte

Proteste auf

Wunsch.

Jac. Reining

Spezialist für künstliche Glieder.

Mainz, Brand 21.

zu verkaufen. Näheres Expdt.

dieses Blattes.

Hochtracht. Fahrkuh

zu verkaufen. Näheres Expdt.

dieses Blattes.



Jeder Stiefelputzer
in der Stadt
Erdal-Schuhkrem
im Kasten hat

Erdal

schwarz — gelb — braun
Alleinhersteller:
Werner & Mertz, Mainz



**Kaufm. Privatschule
H. Leicher**

Gegründet 1898
Wiesbaden
Bahnhofstr. 2, Ecke Rheinstr.
Tag- und Abendkurse

Referenzen gerne zu Diensten

Tüchtiger

Fuhrknecht

per sofort gesucht. Näheres
Eltville, Boerthstr. 62.

Gesucht

für sofort oder später, für
leichte Hausarbeit täglich von
3-5 Uhr nachm. saubere

Frau oder junges Mädchen.

Vorzustellen: täglich zu oben
angegebener Zeit.

Bonhoeffer, Winkel,

Gansgasse 14.